

■ **Seite 2: Verteilte Rollen.** Trump will noch mehr Geld fürs Militär – der US-Kongress erst recht ■ **Seite 4: Neue Kriegsmacht.** Neuausrichtung der Bundeswehr zur Angriffstruppe auf Hochtouren. Von Jörg Kronauer ■ **Seite 6: Modernere Atomwaffen.** NATO beharrt auf Erstschlagsdoktrin und baut Arsenale aus ■ **Seite 10: Entschlossene Reaktion.** Gegen den Übermut des Westens: Russlands defensive Militärstrategie. Von Ralf Rudolph und Uwe Markus



Georgische Soldaten während der Eröffnungszereemonie für ein NATO-Trainingszentrum in Krtsanisi, Georgien (27.8.2015)

ZURAB KURTSIKIDZE/EPA/DPA

Geschäftsmodell Krieg

Der Imperialismus hat große Teile des Planeten in ein Schlachtfeld verwandelt. Es ist höchste Zeit, das Morden zu stoppen. **Von Stefan Huth**

Ukraine, Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei, Libyen, Mali ... Die Zahl der Kriege hat in den vergangenen Jahren eine seit Ende des Zweiten Weltkriegs ungekannte Dimension erreicht. Scheinbar ungezügelt verwandelt der Imperialismus große Teile des Globus in ein Schlachtfeld, und immer neues Blutvergießen droht – auf der Koreanischen Halbinsel, in Venezuela und anderswo. Am Ende womöglich sogar »begrenzter« Atomschläge gegen Russland und China, die westliches Großkapital und Militär als Konkurrenten auf dem Weltmarkt wie als potentielle Beute schon lange im Visier haben.

Wer kennt noch den aktuellen Stand der Minsker Friedensverhandlungen für die Ukraine? Oder weiß, was als nächstes in Genf oder Astana in puncto Syrien auf der Agenda steht, welche regierungsfeindlichen Gruppierungen in dem

arabischen Land in welchen Allianzen und mit welchen internationalen Verbündeten kämpfen? Manch eine oder einer kapituliert angesichts der schier uferlosen Gewalt. Zumal organisierte Gegenwehr kaum in Sicht, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und weltweit geschwächt, mitunter kaum wahrnehmbar ist – während die Rechte immer neue Erfolge feiert.

Angesichts dieser Entwicklung nimmt es wunder, dass das Thema Krieg/Frieden selbst im Bundestagswahlkampf eine, vorsichtig formuliert, eher untergeordnete Rolle spielt. Sogar die Spitze der Partei Die Linke hält sich da eher zurück, übt sich in Äquidistanz und ist bemüht, nicht durch Konsequenz aufzufallen und ins politische Abseits zu geraten. Allein, durch Flucht und Migration von Millionen bedrängter Menschen kommt die Friedensfrage gleichsam durch die Hintertür hierzulande immer wieder auf die Tagesordnung. Wie am Ende auch durch die Kos-

ten für die aberwitzige Aufrüstung, die der größte Kriegstreiber NATO wie die von Berlin dominierte EU durchsetzen wollen und für die der arbeitende Teil der Bevölkerung aufzukommen hat.

An Punkten wie diesen gilt es anzusetzen, Kriegsstrategien und -gewinnler zu benennen und so für Klarheit in den Köpfen zu sorgen. Auf dass sich neuer Widerstand rege – massenhaft, entschlossen und solidarisch gegen eine Weltordnung, die auf einem menschenfeindlichen Geschäftsmodell basiert.

Auf den folgenden Seiten beleuchten profilierte *jw*- wie Gastautoren verschiedene Facetten der imperialistischen Aggression. Knut Mellenthin und Lühr Henken analysieren die ökonomischen und politischen Triebkräfte, die hinter dem systematischen Aufrüstungskurs westlicher Staatenbündnisse stehen und nennen konkrete Zahlen. Jörg Kronauer befasst sich mit dem Umbau der Europäischen Union zu einer

global agierenden Kriegsmacht – im Bunde mit sowie parallel zur NATO. Welche Anstrengungen vor allem der westliche Militärpakt unter Washingtons Führung unternimmt, um – allen Gegenbewegungen auf UN-Ebene zum Trotz – sein Atomwaffenarsenal auszubauen und zu modernisieren, stellt Regina Hagen dar. Die NATO bereitet sich mit Militärmanövern und sogenannten Vorwärtsbasen auch im Baltikum auf einen Krieg gegen die Russische Föderation vor, das ist Gegenstand des Beitrags von Reinhard Lauterbach. Die Militärexperten Ralf Rudolph und Uwe Markus zeigen anhand Russlands militärpolitischer Leitlinien, wie Moskau mit bedachten Defensivmaßnahmen auf die Bedrohung durch den Westen reagiert. Am Beispiel Mali veranschaulicht Christoph Marischka, dass die »Emanzipation« von Washington, die der EU vorschwebt, mehr ist als nur ein Gedankenspiel.

Die Mehrzahl der Fotos dieser Beilage ist offiziellem Pressematerial von NATO, Bundeswehr oder anderen Streitkräften entnommen. Auch die verwendeten Agenturbilder stammen in der Regel von »eingebetteten« Bildjournalisten und dokumentieren insofern die propagandistisch gewünschte Sicht der Dinge.

Dem 45. Präsidenten der USA ging schon vor seinem Amtsantritt am 20. Januar der Ruf voraus, er plane »eine der größten Steigerungen der Verteidigungsausgaben in der Geschichte«. Diese Erwartung hat Donald Trump vor allem selbst produziert. Nicht durch reale Handlungen, sondern durch prahlerische Reden, die letztlich alle um seine beispiellose Person und um seine künftigen Leistungen kreisten.

Die zitierte Ankündigung ist in der Rede zu finden, die Trump am 2. März auf dem Flugzeugträger »Gerald R. Ford« hielt. Der ganze Vorgang ist typisch für den Stil des exzentrischen und permanent peinlichen Milliardärs: Das Schiff, das Ende Mai offiziell an die Navy übergeben wurde und ungefähr 2020 in den aktiven Einsatz gehen soll, ist der teuerste und größte Flugzeugträger, der jemals gebaut wurde. Aber damit hat Trump nicht das geringste zu tun, obwohl er dort wie ein stolzer Hausherr auftrat. Der Bau hatte mit einer symbolischen Zeremonie am 11. August 2005 begonnen, also in der zweiten Amtszeit von George W. Bush. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch nicht einmal einen vertraglich gesicherten Auftrag der Kriegsmarine an die Firma Northrop Grumman. Die Schiffstaufer fand am 9. November 2013 unter Trumps Vorgänger Barack Obama statt.

NATO-Manöver BALTOPS 2017 in der Ostsee: Ein US-Luftkissen-Landeboot verlässt vor der lettischen Küste die »USS Arlington« (6.7.2017)



Mit vielen Tricks

Vollmundig stellte US-Präsident Trump im Wahlkampf ein gigantisches Militärbudget in Aussicht. Doch die größten Aufrüster sitzen im Kongress, nicht im Weißen Haus. **Von Knut Mellenthin**

Verteidigungsminister James Mattis im Februar einen Plan vorgelegt, der eine weichenstellende Entscheidung enthielt: Größere Modernisierungsvorhaben am Material der Streitkräfte, insbesondere die Beschaffung neuer Waffensysteme, sollen auf das Finanzjahr 2019 verschoben werden. Statt dessen konzentrieren sich die Anforderungen des Pentagon im Finanzjahr 2018, das am 1. Oktober 2017 beginnt, darauf, möglichst rasch die Einsatzbereitschaft der Truppe zu erhöhen.

Ewige Wiederholung

Die »Gerald R. Ford«, die nach dem 38. Präsidenten der Vereinigten Staaten benannt ist, steht für etwas, was Trump in seinen Reden und in seinem Twitter-Gestammel immer wieder anklagend bestritt: für die kontinuierliche und vorausschauende Rüstungspolitik der USA auf hohem Ausgabenniveau. Trump zufolge jedoch gab es schon seit vielen Jahren nur noch einen Niedergang der Stärke, der Mo-

Knut Mellenthin lebt als freier Autor in Hamburg.

dermität und des Bereitschaftszustands der US-amerikanischen Streitkräfte und ihres Materials. Der Refrain ist unvermeidlich, dass er der Erlöser sei, auf den die ganze Nation gewartet habe und der das Steuer radikal herumreißen werde.

Ein Beispiel dafür bietet die wichtigste sicherheitspolitische Rede seines Wahlkampfes, die Trump am 7. September 2016 in Philadelphia hielt. Die derzeitige Armee der USA sei die kleinste seit 1940, die Navy sei eine der kleinsten seit 1915, und die Luftwaffe sei die kleinste seit 1947. In jenem Jahr war sie als eigener Teil der Streitkräfte aus der Army herausgelöst worden. Trumps Behauptungen lassen sich allerdings nur aufrechterhalten, wenn man die wenig aussagekräftigen Stückzahlen an Kriegsschiffen und Flugzeugen, und nicht deren qualitative Merkmale, zum Vergleich heranzieht. Was Trump in diesem Zusammenhang über die Veralterung der Waffensysteme behauptete, war bar jeder Sachkenntnis.

In der Philadelphia-Rede nannte Trump einige Ziele seines ersten Verteidigungshaushalts: Das aktive Personal der Army solle von 490.000 auf 540.000 Soldaten vergrößert werden. Das Marine Corps solle von 23 auf 36 Bataillone ausgebaut werden; diese Zahl bezieht sich offenbar nur auf die Infanteriebataillone des Marine Corps. Die Navy solle künftig über 350 Kriegsschiffe und U-Boote verfügen können; gegenwärtig seien es zusammen 276. Die Luftwaffe solle von derzeit 1.113 Kampfflugzeugen auf mindestens 1.200 verstärkt werden.

er als »depleted«. Das kann »verbraucht«, »ausgelaugt« oder »erschöpft« bedeuten.

Gegen Obama und seine Gegnerin im Wahlkampf, Hillary Clinton, richtete Trump in Philadelphia den Vorwurf, sie seien verantwortlich für »tiefe Einschnitte bei unserem Militär, die nur zu noch mehr Aggressionen seitens unserer Gegner einladen«. So sei der Basishaushalt des Pentagon – hinzu kommen immer noch einige Dutzend Milliarden für laufende Kriegsausgaben – von 554 Milliarden Dollar im Jahre 2010 auf 548 Milliarden im laufenden Finanzjahr 2016 gesunken. Das entspreche inflationsbereinigt einem Rückgang um zehn Prozent – verteilt auf sechs Jahre.

Die Ursache dafür sei, und damit hatte Trump wohl teilweise Recht, eine generelle Beschränkung für die meisten Haushaltsposten, die 2011 vom Kongress beschlossen wurde und 2013 in Kraft trat. Das zugrundeliegende Gesetz trägt den Namen Budget Control Act of 2011. Es wurde im Abgeordnetenhaus mit 269 gegen 161 Stimmen und im Senat mit 74 gegen 26 Stimmen beschlossen. Die Republikaner stimmten dem Gesetz im Abgeordnetenhaus mit großer und im Senat mit deutlicher Mehrheit zu.

Sofort nach seiner Amtsübernahme, so kündigte Trump am 7. September 2016 in Philadelphia an, werde er sich an den Kongress wenden, um für die Verteidigungsausgaben die vollständige Aufhebung dieser Beschränkung zu erreichen. In Wirklichkeit hat der Präsident das bis heute noch nicht einmal versucht. Erstens weiß er selbst, dass er dafür keine Mehrheit bekommen würde. Zweitens haben sich das Pentagon und der Kongress schon unter Obama trotz dieses Gesetzes mit vielen Tricks durchgewurschelt. Diesen Weg will offenbar auch Trump zunächst weitergehen.

Nach seinen früheren Ankündigungen war nicht unbedingt voraussehbar, dass der Präsident im Mai einen Haushaltsvorschlag für das Finanzjahr 2018 präsentieren würde, der nur eine geringe Steigerung der Verteidigungsausgaben vorsieht. Die Eckdaten waren allerdings schon im März veröffentlicht worden. Zuvor hatte Vertei-

Diskussionsstoff

Trump's Vorschlag für 2018 sieht für den Basishaushalt des Pentagon 574 Milliarden Dollar vor. Das wären rund 9,5 Prozent mehr als das vom Kongress bewilligte Grundbudget für 2017. Hinzukommen sollen 65 Milliarden für die laufende Kriegführung, ebenfalls etwa zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Nach der versprochenen oder angedrohten großartigen Ausgabensteigerung sieht das nicht aus. Kritiker aus Trumps eigener Partei wie John McCain rechneten schnell aus, dass der Ansatz des Präsidenten nur um drei Prozent über der Summe liegt, die Barack Obama seinem Nachfolger in der Planung für das Finanzjahr 2018 hinterlassen hatte.

Am 27. Juli billigte das Abgeordnetenhaus einen Alternativantrag zum Haushaltsgesetz. Das Pentagon ist darin mit einem Grundbudget von 584 Milliarden und zusätzlichen 74 Milliarden für die Kriegskasse berücksichtigt. Die Entscheidung fiel mit 235 gegen 192 Stimmen weitgehend entlang der Parteilinie zwischen Republikanern und Demokraten. Das lag hauptsächlich daran, dass im Pentagon-Etat des Abgeordnetenhauses 1,6 Milliarden Dollar für den Mauerbau an der Grenze zu Mexiko enthalten sind. Ohne diesen umstrittenen Passus hätten dem Antrag deutlich mehr Abgeordnete der Demokraten zugestimmt.

Noch fehlt die Abstimmung im Senat, die wohl erst im September stattfinden wird. Dass der Kongress mehr bewilligen wird, als der Präsident beantragt hatte, scheint jetzt schon festzustehen. Das war auch unter Obama so. Die größten Aufrüster sind nicht im Weißen Haus, sondern im Parlament zu finden.

Da die geplanten Verteidigungsausgaben auf jeden Fall, schon in Trumps Vorlage, die Beschränkungen durch den Budget Control Act of 2011 überschreiten, sind weitere Diskussionen zu erwarten. Im Zentrum der Kritik wird dann die Idee des Präsidenten stehen, die Mehrausgaben für das Pentagon einfach durch Streichung ziviler Ausgaben in gleicher Höhe zu kompensieren.

Wo Ferien noch Ferien sind Der Hollerhof lebt



Die Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel Kittner betreibt den Hollerhof und vermietet die Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

Rundum Natur pur – viel Ruhe • Radlerparadies • zwei Thermalbäder 4 km entfernt
3 komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2–5 Personen mit Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern

Anfragen, Buchungen und Nachrichten:

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung
Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg (Österreich)
Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
Internet: <https://hollerhof.at>



In dem Buch »Morgenrot der internationalen sozialistischen Revolution« wurde erstmals die wohlbegründete These von den neimperialistischen Ländern aufgestellt. Diese Broschüre hat die Aufgabe, dies wissenschaftlich nachzuweisen.

Broschüre, 86 Seiten, Preis: 3,00 €

ISBN 978-3-96021-403-6

Verlag Neuer Weg Webshop: www.people-to-people.de

ePDF-Preis: 2,45 €

ISBN 978-3-96021-402-0

Mindestens zwei Prozent

Die Militärausgaben der NATO-Staaten sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Mitglieder der Allianz sollen nach Plan aufgerüstet werden – gegen Russland. **Von Lühr Henken**

Die Bestrebungen, die Militärausgaben der europäischen NATO-Staaten spürbar zu erhöhen, sind schon über ein Jahrzehnt alt. Bereits 2006, beim NATO-Gipfel in Riga, vereinbarten die Regierungen, die Rüstungsausgaben ihrer Länder auf mindestens zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) hochzufahren. 2007 waren es nach NATO-Angaben aber nur fünf der 26 Mitglieder, die oberhalb dieser Marke lagen. Obwohl der Beschluss bei den Folgegipfeln bekräftigt wurde, geschah nichts. 2012 schrumpfte die Zahl sogar auf vier von mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten.

Im Januar 2013 schlug der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen Alarm: Die NATO hatte errechnet, dass sich ihr Anteil an den weltweiten Rüstungsausgaben seit 2003 ständig verringert hatte: von damals 69 Prozent drohte er auf 56 Prozent im Jahr 2014 abzusinken. Das war zwar immer noch mehr als die übrigen Länder zusammen für das Militärwesen ausgaben, aber ihr offenbar nicht genug. Für den Verlust von 13 Prozent wurden China (sein Anteil wuchs von vier auf zehn Prozent) und Russland (von zwei auf fünf Prozent) verantwortlich gemacht. Insbesondere die Senkung des Anteils der europäischen NATO-Staaten an den Weltmilitärausgaben von 24 auf 19 Prozent (2011) und weiter auf 16 Prozent (2014) war Rasmussen ein Dorn im Auge.

Der Anteil der NATO schrumpfte, obwohl die USA ihre Ausgaben bis 2011 um 40 Prozent auf Rekordhöhe hochtrieben. Die der europäischen NATO-Staaten jedoch erhöhten sich nur leicht. Die Folge war, dass das NATO-interne Übergewicht der USA wuchs. War das Verhältnis der Militärausgaben 2007 noch 68 zu 32 Prozent zugunsten der USA, waren es 2013 bereits 73 zu 27 Prozent. Anstatt den USA eine Schrumpfkur aufzuerlegen, verstärkte die NATO ab 2013 ihren Druck auf die europäische Öffentlichkeit und wies auf ihren Beschluss von 2006 hin. Die Festlegung wurde jedoch auch jetzt nicht befolgt. Die Bundesregierungen sahen bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls keinen Anlass, den Einzelplan 14 (»Verteidigungshaushalt«) signifikant hochzufahren. Bis zur Ukraine-Krise 2014.

Berlin macht Druck

Beim NATO-Gipfel in Wales im September 2014 änderte sich die Haltung der großen Koalition – mit Wirkung auf andere Mitgliedsstaaten des Bündnisses. Der Spiegel berichtete über Interna: »Es war die Bundesregierung, die im NATO-Rat mehrere Vorschläge machte, um die Mitglieder zu höheren Militärausgaben zu animieren.« (Heft 13 vom 25.3.2017). Der NATO-Gipfel schwächte die Forderung von 2006 allerdings ab. Die Zweiprozentmarke wurde nicht mehr als untere Grenze (»Minimum«), sondern nur noch als Richtwert angegeben. Nun heißt es: »Die Bündnispartner, deren Anteil vom BIP für Verteidigungsausgaben gegenwärtig unter diesem Richtwert liegt, werden: (...) darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen.« Das von der großen Koalition im Juli 2016 veröffentlichte »Weißbuch« der Bundeswehr bekräftigt, dass Deutschland dem Ziel verpflichtet bleibe, »langfristig die Annäherung«



Deutsche Kampffjets vom Typ »Eurofighter Typhoon« nehmen im litauischen Luftraum an einer NATO-Übung der »Mission Air Policing Balticum« teil (25.4.2017)

der Militärausgaben an zwei Prozent des BIP »anzustreben«. »Langfristig« heißt übersetzt: bis 2024.

Was bedeutet diese Erhöhung der Militärausgaben für Deutschland? In die Berechnungen der Allianz fließen sowohl die Ausgaben des Einzelplans 14 als auch die für die Bundespolizei ein (»NATO-Kriterien«). Der Einzelplan 14 für 2017 liegt bei 37 Milliarden Euro. Die NATO schätzt die deutschen Militärausgaben für das laufende Jahr auf 39,5 Milliarden Euro. Das macht nach ihren Berechnungen 1,22 Prozent des BIP aus. Allerdings ist allgemein mit einem Anstieg der Wirtschaftskraft zu rechnen. Aus dem »Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021« geht hervor, dass die Bundesregierung bis 2021 von einem BIP-Wachstum von 3,25 Prozent pro Jahr ausgeht und so 2021 auf einen Wert von 3.660 Milliarden Euro kommt. Setzt sich die Steigerung bis 2024, dem Zieljahr, genauso fort, würde das BIP bei 4.028 Milliarden Euro liegen. Zwei Prozent davon bedeuten dann 80 Milliarden Euro (!) für Bundeswehr und Bundespolizei. Etwa drei Milliarden davon würde letztere verschlingen. Mit anderen Worten: Der Einzelplan 14 wird sich auf mehr als 75 Milliarden Euro verdoppeln – wenn das Vorhaben realisiert wird.

Was bedeuten die zwei Prozent für die NATO? Die Allianz schätzt die Ausgaben ihrer 26 europäischen Mitglieder für 2017 auf 242,2 Milliarden US-Dollar. Dieser Wert bedeute einen Anteil von 1,47 Prozent am BIP dieser Länder. Rein rechnerisch ergibt ein Anstieg auf zwei Prozent des gegenwärtigen BIP Militärausgaben von 330 Milliarden US-Dollar in NATO-Europa für das Jahr 2024. Auch hier ist von einem BIP-Zuwachs auszugehen. Nehmen wir eine Steigerung von zwei Prozent pro Jahr an, erhöhen sich die Ausgaben sogar auf 385 Milliarden US-Dollar bis 2024, was insgesamt von heute an ein Plus von 60 Prozent bedeuten würde. Real würden die europäischen NATO-Staaten ihre Militärausgaben um 140 Milliarden Dollar steigern.

Zu welchem Zweck werden die Mehrausgaben angestrebt? Den ersten Hinweis gibt der Anlass der Erhöhung:

Die Ukraine-Krise. Der Adressat ist Russland. Einen zweiten Hinweis gibt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: »Russland versucht mit militärischen Mitteln einen Einflussbereich aufzubauen«, sagte er im Juni 2016. »Das Bündnis beobachtet eine massive russische Aufrüstung an der eigenen Grenze – in der Arktis, im Baltikum, im Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer.« (Spiegel online, 16.6.2016) Stoltenberg: »Gleichzeitig müssen wir auf ein Russland reagieren, das seine Militärausgaben seit 2000 verdreifacht hat.« (Sueddeutsche.de, 20.6.2016) Die Aussage stimmt. Der russische Militärhaushalt ist laut Angaben des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI von 2000 bis 2015 von 21 auf 66 Milliarden Dollar gestiegen. Das ist ein Plus von 45 Milliarden bei inflationsbereinigten Preisen von 2015. Russland hat 2008 ein Modernisierungsprogramm aufgelegt.

Die Rüstungsausgaben der USA zeichneten im selben Zeitraum ebenfalls einen Anstieg, und zwar von 415 auf 595 Milliarden, was eine Erhöhung um 180 Milliarden Dollar war. Das bedeutet: Der Zuwachs des US-Militärhaushalts war viermal so hoch wie der russische. Das, was Stoltenberg als russische Aggressionsvorbereitung darstellt, entpuppt sich als Abwehrmaßnahme gegen die massive US-Aufrüstung.

Setzen die Regierungen der NATO-Staaten die Erhöhung um rund 140 Milliarden Dollar für ihre europäischen Mitglieder durch, wäre die Summe mehr als das Doppelte dessen, was Russland laut SIPRI 2016 für sein Militärwesen ausgegeben hat. Würde Russland diesem Drehen der NATO an der Aufrüstungspirale eins zu eins folgen, würde das eine Verdreifachung des russischen Militärhaushalts auf 210 Milliarden Dollar zur Folge haben.

Moskau rüstet ab

In Russland deutet sich jedoch das Gegenteil an. Wie die FAZ meldete, hat die russische Regierung im Oktober 2016 »angekündigt, in den Jahren 2017 bis 2019 die Verteidigungsausgaben weiter senken zu wollen« (FAZ.net, 24.3.2017). Schon

2016 hatte Russland gegenüber 2015 nach Berechnungen des NATO-nahen Londoner Instituts IISS die Rüstungsausgaben um 0,3 Prozent gesenkt. Für dieses Jahr 2017 fällt die Kürzung laut IISS mit knapp zehn Prozent bedeutend stärker aus (ebd.). Im Dreijahresplan 2017 bis 2019 ist gar eine Absenkung auf umgerechnet 40 Milliarden Dollar vorgesehen, wie der US-Thinktank Carnegie Moscow Center im Dezember vorigen Jahres berichtete.

Was lässt sich aus dem russischen Verhalten schließen? Eins sicher nicht: Dass Moskau Aggressionsabsichten gegen die NATO verfolgt. Denn hätte es die, würde es nicht einen Dreijahresplan verabschieden, der dem Militärbereich erhebliche Ausgabenkürzungen auferlegt, sondern müsste als militärisch rückständiges Land Steigerungsraten aufweisen, die weit über denen der NATO liegen. Das ist überhaupt nicht der Fall.

Fazit: Die NATO-Aufrüstungsrunde bedeutet nicht nur rausgeschmissenes Geld, sie erhöht die Spannungen gegenüber Russland und damit die Kriegsgefahr. Die Abrüstung von Bundeswehr und NATO wird dringlicher denn je. Russland macht vor, wie es geht.

Lühr Henken ist Kosprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

ANZEIGE

offen-siv

Gerade erschienenes Sonderheft:

Gerhard Feldbauer: Eine Aggressionsarmee

In drei Abschnitten analysiert Gerhard Feldbauer Entstehung, Geschichte und Gegenwart der Bundeswehr:

I. So entstand die Bundeswehr
II. Kriegsschule Vietnam
III. Weltweite Expansionsziele

56 Seiten, 2,- Euro

Erhältlich im Kleinen Buchladen, Karl-Liebknecht-Haus, Berlin oder bei offen-siv, Tel/Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com

Umbau zur Kriegsmacht

Ob unter dem Dach der EU oder der NATO: Die Neuausrichtung der Bundeswehr zur global agierenden Interventions- und Angriffstruppe läuft auf Hochtouren. **Von Jörg Kronauer**

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BakS) gibt sich optimistisch. Haben die zahlreichen Maßnahmen zur »Stärkung der EU-Verteidigung«, die im Lauf des vergangenen Jahres beschlossen wurden, Aussicht auf Erfolg oder bringen sie wieder einmal nur »viel Lärm um nichts«? Die Frage muss gestellt werden, meint das militärpolitische Strategiezentrum der Bundesregierung. Denn die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Union gehöre trotz lautstarker Ankündigungen nicht zu den Politikfeldern, auf denen die EU bislang rasante Fortschritte machte. So habe es etwa »zehn Jahre« gedauert, bis Brüssel erstmals »Forschungs- oder Industriepolitiken zur Stärkung der Verteidigung« genutzt habe, klagt die BakS. 18 Jahre nach der offiziellen Etablierung einer gemeinsamen Militärpolitik auf dem Europäischen Rat in Köln 1999 gebe es für die Planung und Durchführung von EU-Militäreinsätzen immer noch »kein ständig verfügbares Führungselement«. Die Liste nicht realisierter Vorhaben ließe sich in der Tat fortsetzen. Jetzt aber, urteilt die BakS in einem aktuellen Papier, sieht die Lage anders aus: Seit gut einem Jahr sei »der bislang vermisste gemeinsame politische Wille« zur forcierten Militarisation klar erkennbar. »Die Kriege und Krisen vor der eigenen Haustür«, das »Brexit«-Referendum und die erratische Politik der Trump-Administration hätten ihre Wirkung nicht verfehlt. Endlich, lobt die BakS, schreitet die Aufrüstung der EU voran – mit schnellen Schritten.

In Sachen Militarisation hat sich in Deutschland und der EU im vergangenen Jahr tatsächlich eine ganze Menge getan. Das fängt auf nationaler Ebene an. Zunächst hat das im Juli 2016 publizierte neue »Weißbuch« der Bundeswehr den weltpolitischen Anspruch der Bundesrepublik offiziell festgeschrieben. Deutschland, so heißt es darin, werde nicht nur »zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen«; es trage »aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung« auch »Verantwortung«, die »globale Ordnung aktiv mitzugestalten«. »Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen (...) und Führung zu übernehmen«, heißt es weiter; dazu gehöre »auch die Bereitschaft, zur Bewäl-



KW NEHELODPA

tigung heutiger und zukünftiger sicherheitspolitischer (...) Herausforderungen beizutragen« – und zwar in aller Welt und mit allen Mitteln. »Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global«, postuliert das Weißbuch, und er »umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum«.

Letzteres ist – wie das gesamte Weißbuch – bitter ernst gemeint. Im Bestreben, die Ankündigungen des Dokuments in militärische Praxis umzusetzen, hat das Verteidigungsministerium Anfang des Jahres eine – geheimgehaltene – »Strategische Leitlinie Weltraum« verabschiedet. Darin sind, wie das Ministerium berichtet, »Ziele und Handlungsfelder der Bundeswehr im Weltraum festgelegt«. Man betrachte das All als »militärischen Operationsraum«, den eine »moderne Kriegsführung« zu nutzen habe. Es gelte deshalb, die militärischen »Fähigkeiten im Weltraum (...) auszubauen und neue Potentiale zu erschließen«. Zudem hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 5. April das neue »Kommando Cyber- und Informationsraum« (CIR) offiziell in Dienst gestellt, das sich allen Aspekten des Cyberkriegs widmet – der laut Bundeswehr fünften »Dimension

neben Land, Luft, See und Weltraum«. Selbstverständlich dürfe die Bundeswehr sich bei Bedarf auch »offensiv verteidigen«, behauptet von der Leyen. Wird Berlin nun in Zukunft Server, über die Hackattacken auf deutsche Ziele gestartet werden, einfach per Hackback lahmlegen oder zerstören? Fachleute warnen davor. Jenseits der Frage, ob Hackbacks völkerrechtlich überhaupt legitim seien, habe man in Rechnung zu stellen, dass die Urheber von Hackings in vielen Fällen kaum auffindig zu machen seien, heißt es in einer aktuellen Untersuchung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Und was, wenn Hacker eine Attacke etwa über den Server eines Krankenhauses abwickelten? Die »Kollateralschäden« eines Gegenschlags, konstatiert die SWP, wären immens.

Neue Konkurrenz

Zurück zum Weißbuch der Bundeswehr. Das Dokument nimmt nicht nur eine alle Dimensionen umfassende Militarisation in den Blick; es trifft auch Aussagen zur strategischen Großwetterlage. So heißt es einerseits – anknüpfend an die Verteidigungspolitischen Richtlinien von

1992 oder das Bundeswehr-Weißbuch von 2006 –, man müsse sich um die »gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege« für Industrie und Handel kümmern, und das heißt: Im Falle eines Falles muss man zu Interventionen in aller Welt bereit und in der Lage sein. Andererseits aber nimmt das Weißbuch erstmals auch die globalen Machtverschiebungen der vergangenen Jahre in den Blick. »Schlüsselstaaten vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika« verzeichnen einen »wirtschaftlich, politisch und militärisch weiter wachsenden Einfluss«, heißt es in dem Dokument: »Das internationale System entwickelt sich zu einer politisch, wirtschaftlich und militärisch multipolaren Ordnung.« Es könnten sich dabei »konkurrierende Ordnungsentwürfe für die Ausgestaltung internationaler Politik entwickeln«. Das Weißbuch nennt ein konkretes Beispiel: »Russland wendet sich (...) von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch.« Das Land stelle deshalb, heißt es anschließend in einer bemerkenswerten Schlussfolgerung, »auf absehbare Zeit eine Heraus-

Scharfschützen der litauischen Armee warten in Rukla in Litauen auf den Besuch von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und der Präsidentin von Litauen, Dalia Grybauskaitė (7.2.2017)

Jörg Kronauer lebt als freier Autor in London. Er ist Redakteur bei german-foreign-policy.com.

ANZEIGEN

Mach mit bei Cuba Sí

Für Leute mit einem „linken Herzen“ ist Lateinamerika gegenwärtig die interessanteste Ecke der Welt. Mehrere Länder dieser Region haben sich der jahrhundertlangen kolonialen Fremdbestimmung, Einmischung und Bevormundung widersetzt und gehen einen eigenständigen Weg. Kuba hat mit seiner Standhaftigkeit, seinen beispielhaften Programmen für Gesundheit und Bildung, durch seine Solidarität mit vielen anderen Ländern diesen Emanzipationsprozess maßgeblich befördert. Das Land von Martí, Che und Fidel hat bewiesen: Eine andere Welt ist tatsächlich möglich!

Wir laden Dich ein, Cuba Sí kennenzulernen. Informiere Dich über unsere Solidarität, komm zu unseren Veranstaltungen oder schau mal in einer unserer Regionalgruppen vorbei. Der Blick nach Lateinamerika kann Inspiration für eine erfolgreiche linke Politik in Deutschland und Europa sein! Wir freuen uns auf Dich!

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand
DIE LINKE/Cuba Sí: Kontonummer 13 2222 10,
Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00.
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELA2630,
Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder“.

Cuba Sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Broschüren – eine Auswahl:



Faschismus in Deutschland
Analysen und Berichte der KPD-Opinion 1928 – 1933
Volksfront-Politik Ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreich und Spanien 1935 – 1939
Bombenkrieg und Klassenkampf
Krieg gegen die deutschen Städte im 2. Weltkrieg
Westblock – Ostblock Welt- und Deutschlandpolitik nach dem 2. Weltkrieg 1945 – 1948
Auf eigene Faust: Septemberstreiks vor 40 Jahren Reader zur Veranstaltung 2009 Berlin
Zionistische Ideologie im internationalistischen Mäntelchen
Separat-Druck aus Arpo 3/2012
Alle Veröffentlichungen unter:
www.arbeiterpolitik.de

Arbeiterpolitik

Die Informationsbriefe der Gruppe erscheinen seit 1948

... Betrachten wir die Seite der Gewerkschafter, Mitglieder der Arbeiterparteien und -vereine und fragen uns, was wir angesichts der kriegerischen Exkursionen und Kriegsvorbereitungen der kapitalistischen Regierungen machen, dann kann die Antwort nur lauten: **Entschieden zu wenig. Unsere erste Aufgabe: Wir müssen dringend eine gemeinsame Verständigung finden über Ursachen und Hintergründe, die die Herrschenden zum Krieg treiben. Das Interesse in der arbeitenden Bevölkerung, diese Entwicklung zu diskutieren, ist jedenfalls gestiegen. Und der profane Alltag ermöglicht, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Profitproduktion und ihre Folgen der breiten Bevölkerung verständlich zu machen.** (Arpo 1/2 2017)

Probhefte oder gar ein Abonnement anfordern:

Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik
An die GFSA e.V. · Postfach 106426 · 20043 Hamburg
mail: arpo.berlin@gmx.de

forderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent dar«.

Das hat Konsequenzen für die konkrete Aufstellung und Ausrüstung der Bundeswehr – denn die Rivalität mit starken Mächten, beispielsweise mit Russland, führt zu völlig anderen militärischen Szenarien als die Aufstandsbekämpfung in fernen Krisenstaaten oder als Marineoperationen gegen Piraten. Ein Beispiel: Im Jahr 2007 hat Berlin mit Blick auf die damals bevorstehenden Einsätze gegen Piraten und Flüchtlingsboote den Bau neuer Fregatten (F125) in Auftrag gegeben. Deren Waffensysteme sind für »asymmetrische« Bedrohungen optimiert; die F125 können Spezialkräfte und Boardingteams an Bord nehmen, für die auf dem Kalte-Kriegs-Vorläufermodell F122 kein Platz vorgesehen war, und sie verfügen über Speedboote, die man benötigt, um Piraten- und Flüchtlingschiffe zu verfolgen und zu entern. Speedboote und Boardingteams können allerdings wenig gegen, sagen wir: die russische Schwarzmeerflotte ausrichten. Die Bundesregierung treibt deshalb nun energisch die Beschaffung des Mehrzweckkampfschiffs 180 (MKS 180) voran. Es wird wieder in der Lage sein, feindliche Fregatten, U-Boote oder Kampfflotts nach allen Regeln der Kriegskunst zu attackieren. In der heraufziehenden multipolaren Ära mit widerspenstigen Mächten wie Russland gilt das in Berlin als wünschenswert.

Weitreichende Schritte

Derartige Umbauarbeiten stehen nicht nur der Marine bevor; sie betreffen die gesamte Truppe. Um den Vorgang zu steuern, arbeitet das Verteidigungsministerium gegenwärtig an einer neuen »Konzeption der Bundeswehr«, einem Grundlegendokument, aus dem sich umfassend ein neues Fähigkeitsprofil der Streitkräfte ableiten soll. Ursprünglich war geplant, das Papier noch vor der Bundestagswahl zu veröffentlichen; das ist nun verschoben worden – wohl vor allem, weil die SPD sich gegenwärtig aus Wahlkampfgründen nicht zu der vorgesehenen dramatischen Erhöhung des Militärhaushalts bekennen will. Der Kern der bevorstehenden Maßnahmen ist allerdings bekannt, seit ein vorbereitendes Dokument mit dem Titel »Vorläufige konzeptionelle Vorgaben für das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr« an die Medien durchgestochen wurde. Es ist vom Chef der Planungsabteilung im Verteidigungsministerium, Generalleutnant Erhard Bühler, unterzeichnet worden und sieht weitreichende, kostspielige Schritte vor.

Demnach sollen nicht nur der seit den 1990er Jahren reduzierte Personalbestand der Bundeswehr wieder vergrößert und verstärkt Reservisten zu Einsatzmöglichkeiten herangezogen werden. Das Ministerium will auch die Heeresstruktur ändern und statt der bisherigen sieben in Zukunft über acht bis zehn Heeresbrigaden in drei Divisionen verfügen. Sie sollen eine weitaus höhere Zahl an Panzern bekommen. Nach von der Leyens Ankündigung vom April 2015, künftig 320 statt 225 Kampfpanzer vom Typ »Leopard 2« bereitzuhalten, verlangt Planungschef Bühler nun, den Bestand an Transportpanzern vom Typ »Boxer« deutlich zu vergrößern. Aktuell ist das Heer dabei, 330 »Boxer« zu beschaffen; auf lange Sicht benötige es allerdings die drei-, vielleicht sogar die fünffache Anzahl, heißt es in den »Vorläufigen konzeptionellen Vorgaben«. Zugleich soll die Luftwaffe etwa in die Lage versetzt werden, einen multinationalen Verband zu führen, der täglich bis zu 350 Aufklärungs- und Kampfflüge durchführen kann; deutsche Kampfflotts müssten gut drei Viertel davon übernehmen können, heißt es in Bühlers Papier. Die Marine müsse in die Lage versetzt werden, 15



Demonstrationsfahrt der neuen Fregatte »Baden-Württemberg« vom Typ »F125« in der Nordsee vor Cuxhaven (12.1.2017)

Kriegsschiffe gleichzeitig in mehrere parallel verlaufende Einsätze zu schicken; auch solle sie neue Jagdbomber erhalten, um eigenständig einen »Seekrieg aus der Luft« führen zu können. Die Neuausrichtung der Streitkräfte soll Anfang 2032 abgeschlossen sein. Ob die 130 Milliarden Euro, die von der Leyen in die Truppe investieren will, dazu ausreichen, darf bezweifelt werden.

Stichwort »Resilienz«

Klar ist: Die Kriege, auf die Berlin die Bundeswehr vorbereitet, können jederzeit zu Gegenschlägen führen. Daher schreibt das Bundeswehr-Weißbuch dem »Aufbau von Resilienz« im Inland, also der Stärkung der »Widerstands- und Adaptionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen«, hohe Bedeutung zu. »Ziel ist es, Schadensereignisse abzuwehren zu können, ohne dass die Funktionsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt wird«, heißt es im Weißbuch. Die im Sommer 2016 erlassene »Konzeption Zivile Verteidigung« soll dazu beitragen, geht aber Strategen etwa bei der BAKS nicht weit genug. Unlängst hat der Persönliche Referent von BAKS-Präsident Karl-Heinz Kamp eine öffentliche »Informationskampagne zur Bedeutung von Resilienz« gefordert, um »die »Krisenfestigkeit« jedes einzelnen Bürgers, sei es gegenüber Propaganda, Fake News oder Terroranschlägen«, zu stärken. Die Kampagne solle »in Zusammenarbeit mit medialen Partnern und gesellschaftlichen Multiplikatoren« durchgeführt werden.

Parallel zur Aufrüstung der Bundeswehr treibt Berlin die Militarisierung der EU mit aller Macht voran. Seit EU-Chefaußenministerin Federica Mogherini im Juni 2016 die »Globale Strategie zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU« vorgelegt hat, haben Berlin und Paris mehrere Papiere mit konkreten Forderungen zur Herausbildung neuer EU-Militärstrukturen und zur Aufrüstung der EU-Streitkräfte publiziert. Auch die EU selbst hat dazu diverse Beschlüsse gefasst. Am 25. März etwa bekannten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Jubiläumsgipfel in Rom zur »Stärkung der »gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung« und verpflichteten sich zudem, »eine stärker wettbewerbsfähige und integrierte Verteidigungsindustrie zu schaffen«. Dazu ist mittlerweile die Einrichtung eines EU-Verteidigungsfonds beschlossen worden, der nach einer Anschubphase jährlich 1,5 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung und -entwicklung bereitstellen wird – und zwar für multinationale

Projekte, um die Konzentration der zersplitterten Rüstungsindustrie in der EU voranzutreiben. Rechnet man die nationalen Mittel hinzu, die ausgeben muss, wer in den Genuss einer Förderung aus dem EU-Verteidigungsfonds kommen will, dann dürften in Zukunft mindestens 5,5 Milliarden Euro pro Jahr für gemeinsame Rüstungsvorhaben ausgegeben werden – zusätzlich zu nationalen Wehrprojekten.

Wozu der Aufwand? Nun, die Konzentration soll die europäische Rüstungsproduktion effizienter machen, die wehrindustriellen Kräfte stärken – um die letzten Abhängigkeiten von den Vereinigten Staaten loszuwerden und auch an der rüstungsindustriellen Basis die »strategische Autonomie« zu erlangen, von der nicht nur in Mogherinis »Globaler Strategie«, sondern seit deren Publikation auch in diversen Stellungnahmen aus Berlin die Rede ist. Dem Ziel, die EU solle »strategisch autonom« werden, dient auch die Verschmelzung nationaler Streitkräfte in Europa, die die Bundesregierung seit vergangenerem Jahr energisch vorantreibt. Inzwischen sind – in einer Art Pilotprojekt – rund zwei Drittel der niederländischen Heeresverbände in Bundeswehreinheiten eingegliedert worden; umgekehrt wird das Seebataillon der deutschen Marine in eine niederländische Einheit integriert. Jetzt folgen weitere Maßnahmen: Eine tschechische und eine rumänische Brigade werden jeweils in eine Bundeswehrdivision eingebunden; ein polnisches und ein deutsches Bataillon werden in eine Brigade der jeweils anderen Armee integriert; deutsche und polnische U-Boote sollen in Zukunft gemeinsam von einem Maritime Operations Centre der deutschen Marine kontrolliert werden; die Marinen Deutschlands und Norwegens wollen gemeinsam U-Boote bauen lassen und betreiben. Vorläufig findet die Verschmelzung offiziell unter dem Dach der NATO statt – als deren »europäischer Pfeiler«; faktisch können die eng integrierten Streitkräfte aber auch jederzeit unter der Flagge der EU operieren. Den ersten, durchaus ausbaufähigen Kern für ein gemeinsames militärisches Hauptquartier gibt es inzwischen: die »Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit« in Brüssel, die mit ihren zunächst 35 Mitarbeitern beim EU-Militärstab angesiedelt ist und in einem ersten Schritt die Auslandseinsätze der EU kommandiert.

Hauptfeind China

Apropos NATO: Selbstverständlich bleibt das transatlantische Kriegsbündnis, wie es im Weißbuch der Bundeswehr heißt, für die Bundesrepublik »unverzichtbar« – zu

mindest in der näheren Zukunft. Weshalb das so ist, das zeigt exemplarisch der Konflikt mit Russland, den Berlin ungeachtet aller ökonomischen Kooperationsinteressen etwa auf dem Erdöl- und Erdgassektor am Schwelen hält – und zwar, weil es sich, ebenfalls siehe Weißbuch, zur globalen Ordnungsmacht berufen fühlt und »konkurrierende Ordnungsentwürfe« nicht toleriert. Für den Machtkampf gegen Russland sind die militärischen Ressourcen der NATO äußerst nützlich, ja dringend nötig, solange eine wirklich schlagkräftige EU-Streitmacht noch nicht existiert. Entsprechend hat die Bundeswehr nach dem NATO-Gipfel im britischen Newport (September 2014) eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF, »Speerspitze«) der NATO übernommen und beteiligt sich auch an führender Stelle an der enhanced Forward Presence (eFP) des Kriegsbündnisses, also an der Stationierung von NATO-Truppen in Polen und in den baltischen Staaten.

Jetzt ist Russland nicht die einzige Macht, die »konkurrierende Ordnungsentwürfe« für die globale Politik entwickelt; eine andere, langfristig weitaus stärkere solche Macht ist China. Wie sieht's mit den militärpolitischen Absichten Berlins gegenüber Beijing aus? Nun, bislang drängt sich die Bundesregierung noch nicht in den Vordergrund; sie ist mit dem Aufbau integrierter europäischer Streitkräfte, dem Machtkampf gegen Russland und den Bundeswehroperationen in Afrika und Nahost weitgehend ausgelastet. Erste Vorstöße zeichnen sich allerdings deutlich ab. So hat Berlin im vergangenen Frühjahr einer Erklärung der G7 zugestimmt, die scharfe Kritik an Beijings Inselausbau im Südkoreanischen Meer übt. Auch im Streit um die Durchfahrt US-amerikanischer Kriegsschiffe durch von China beanspruchte Hoheitsgewässer rings um Inseln im Südkoreanischen Meer bezieht die Bundesregierung gegen die Volksrepublik Position. Mit Japan, Chinas ärgstem Gegner, hat Deutschland im Juli ein Rüstungsabkommen geschlossen, das eine wehrtechnologische Kooperation ermöglicht; Südkorea, ebenfalls ein Verbündeter der Vereinigten Staaten in Ostasien, gehört seit Jahren zu den größten Käufern deutschen Kriegsgüter. Umgekehrt beteiligt sich die südkoreanische Marine mittlerweile an EU-Einsätzen; Seoul hat im März, wie das Auswärtige Amt stolz mitteilt, »seine am Horn von Afrika operierenden Kriegsschiffe der EU Atalanta-Mission unterstellt«. In zunehmendem Maß erreichen die deutschen Militarisierungsbestrebungen also auch Ostasien – und sie richten sich dort mehr und mehr gegen China.



SENIOR AIRMAN ERIN BABIS/US AIR FORCE

US-Bomber vom Typ »B52«, begleitet von Kampffjets verschiedener NATO-Staaten, über der Ostsee (9.6.2016)

Neuer Rüstungswettlauf

Atomwaffen: Weder völkerrechtskonform noch modern. **Von Regina Hagen**

Der Schrecken ist unvorstellbar. 61.000 Tote errechnet das Simulationsprogramm Nukefix (www.nukefix.org) für die Explosion einer mittelgroßen Atombombe im Zentrum des südhessischen Darmstadt. Der Feuerball einer 100-Kilotonnen-Bombe hätte einen halben Kilometer Durchmesser. Im weiten Umkreis würden Kranken- und Ärztehäuser, Feuerwehrestationen und Gebäude der Stadtverwaltung durch die Druckwelle und Brände in Schutt und

Asche gelegt, ebenso die Wohnbebauung, Seniorenheime, Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen. Dutzende Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen, einschließlich des Chemie- und Pharmakonzerns Merck, der europäischen Wettersatellitenbehörde und des europäischen Satellitenkontrollzentrums, wären betroffen wie der Nah- und Fernverkehr. Die Versorgung von 38.000 Schwerverletzten – verbrannt, verstrahlt, verstümmelt – wäre kaum möglich.

Nicht nur diese Folgen einer Atomwaffenexplosion machen einen Einsatz im Grunde undenkbar. Seit Jahren ist zudem die »Nuclear darkness« wissenschaftlich belegt. Dabei handelt es sich um den mit neuesten Klimamodellen des Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Fragen des Klimawandels, »Weltklimarat«) nachgewiesenen Effekt, dass z. B. ein Schlagabtausch mit 50 Atomwaffen zwischen Indien und Pakistan rasch zur globalen Ausbreitung eines langlebigen dunklen Wolkenteppichs aus Asche, Rauch und Staub führen würde. Durch die verminderte Sonneneinstrahlung käme es zu einem der Eiszeit ähnlichen Temperatursturz und drastisch eingeschränkten Möglichkeiten des Anbaus von Nahrungsmitteln. In der Folge würden Hunderte Millionen Menschen verhungern.

Die Lösung kurz ist und somit die Gefahr von Missverständnissen, Fehlinterpretationen oder sogar einem unautorisierten Einsatz von Atomwaffen besteht.

Bis auf China und (mit etwas unklaren Einschränkungen) Indien behalten sich sämtliche Atomwaffenstaaten die Option auf einen Ersteinsatz vor, ihre Doktrinen enthalten also die Möglichkeit, Atomwaffen auch dann einzusetzen, wenn der Gegner selbst (noch) nicht zu diesem Mittel greift. Als Rechtfertigung dient die vermeintliche Notwendigkeit zur »Abschreckung« anderer Länder vor einem Einsatz – trotz eines Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom Juli 1996, das den Einsatz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen als völkerrechtlich verboten ausweist.

Als wichtiges Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses trägt Deutschland die Atomwaffendoktrin der NATO mit. Diese hat sich seit dem »Strategischen Konzept« von 2010 nicht verändert. Die Staatschefs hielten zwar in ihrer Warschauer Gipfelerklärung vom Juli 2016 fest, aufgrund des »veränderte(n) und sich weiter verändernde(n) Sicherheitsumfeldes« habe das Bündnis den »Schwerpunkt nun wieder verstärkt auf Abschreckung und kollektive Verteidigung gelegt«. Der auf Atomwaffen bezogene Wortlaut aber blieb nahezu wortgleich: »Daher bleiben Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten ein Kernelement unserer Gesamtstrategie. (...) Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben. Die strategischen Kräfte des Bündnisses (...) sind

Erstschlagsdoktrin

Die für die Simulation gewählten 100 Kilotonnen (sie entsprechen 100.000 Tonnen des Sprengstoffs TNT) liegen im untersten Bereich der Zerstörungskraft der meisten US-amerikanischen und russischen Atombomben; auch die chinesischen Atomsprengköpfe sind größer. Dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI zufolge verfügen die neun Atomwaffenstaaten auch im Jahr 2017 noch über knapp 15.000 nukleare Sprengköpfe, 93 Prozent davon gehören den USA und Russland, die außerdem auf die ständige Alarmbereitschaft setzen, d. h. ein Teil ihrer Arsenale ist jederzeit auf Knopfdruck einsatzbereit. Dies ist besonders brisant, weil damit die Bedenkzeit bis zur Aus-

ANZEIGE

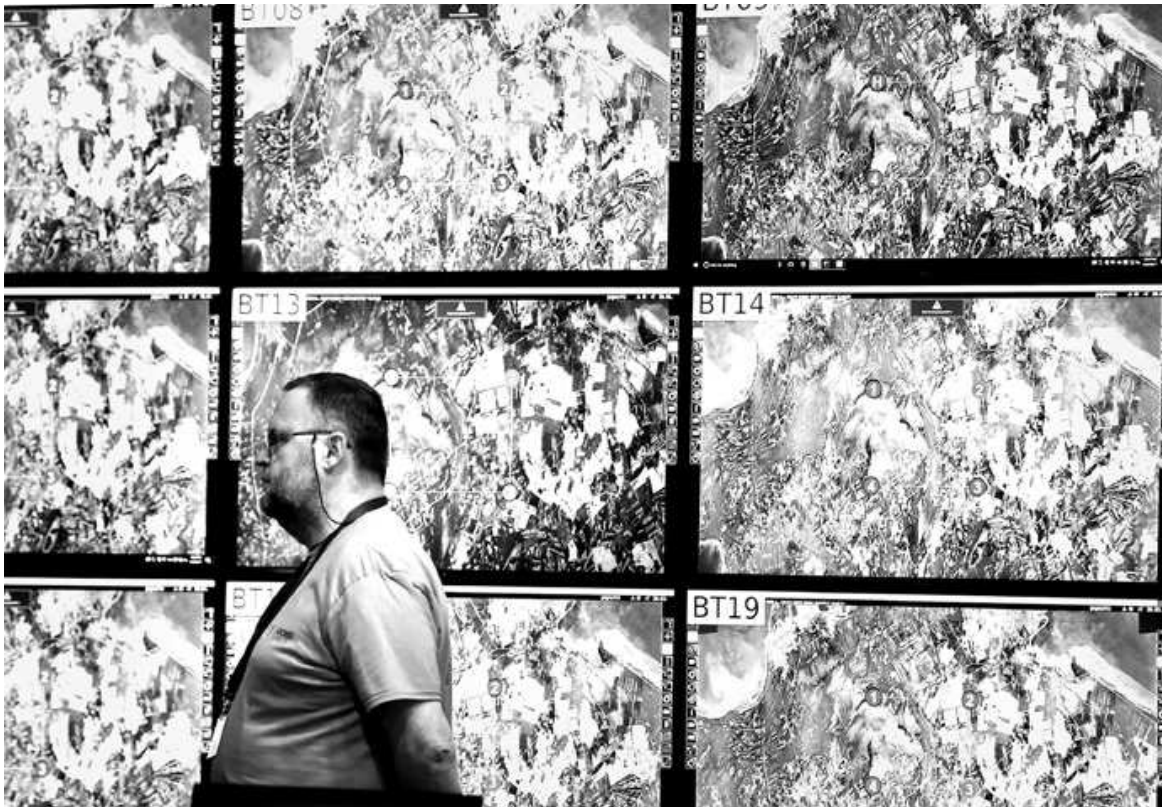
Internationaler Tag des Friedens
friedensbewegung.ch

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Referat von **Dr. med. Aleida Guevara March**
Musikalische Einlage mit dem Duo **Diaz-Allende**

Donnerstag, 21. September 2017, 19 Uhr
Elisabethenkirche, Basel | Eintritt frei, Kollekte

SFB Schweizerische Friedensbewegung
VFC Vereinigung Schweizer Clubs | ALBA Basel | P&A Basel



Lageraum für die Kriegführung im Cyberspace während des Manövers »Locked Shields 2017« in Tallinn, Estland (26.4.2017)

Zum Weiterlesen:

- Nuclear Darkness, Global Climate Change and Nuclear Famine – The Deadly Consequences of Nuclear War; nuclear-darkness.org
- IALANA (Hrsg.): Atomwaffen vor dem Internationalen Gerichtshof. LIT-Verlag, Münster 1997
- Deutsche Übersetzungen einschlägiger NATO-Dokumente finden sich auf nato.diplo.de
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2017): »Völkerrechtliche Verpflichtungen Deutschlands beim Umgang mit Kernwaffen«, Aktenzeichen WD 2-3000-013/17, 23. Mai 2017

Regina Hagen ist verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift **Wissenschaft und Frieden**. Sie arbeitet im Kampagnenrat »Büchel ist überall! – atomwaffenfrei. jetzt!« mit.

der oberste Garant für die Sicherheit der Bündnispartner. (...) Das nukleare Abschreckungsdispositiv der NATO beruht zum Teil auch auf vorwärtsdislozierten Kernwaffen der USA in Europa und auf Fähigkeiten und Infrastruktur, die von den betreffenden Bündnispartnern bereitgestellt werden.«

»Nukleare Teilhabe«

Letzteres läuft unter dem Stichwort »nukleare Teilhabe«, und die findet außer in den Niederlanden, in Belgien, in Italien und in der Türkei auch in Deutschland statt. Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel werden nach aktuellem Kenntnisstand 20 US-amerikanische »B61«-Bomben gelagert (ein offenes Geheimnis, jüngst aber in einer Studie der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages bestätigt). Dieser Bombentyp ist für eine einstellbare Sprengkraft von 0,3 bis 170 Kilotonnen ausgelegt und lässt sich je

nach Einsatzanforderungen als taktische »Mini-nuke« oder zur großflächigen Zerstörung einsetzen. Momentan handelt es sich um eine »dumme« freifallende Fliegerbombe, die Nuklearlabore der USA arbeiten aber mit Hochdruck an der qualitativen Aufrüstung der »B61«-Familie, die euphemistisch als »Modernisierung« bezeichnet wird. Die Charakteristika des neuen Bombentyps »B61-11« sollen so verändert werden, dass die Bombe mit deutlich erhöhter Präzision über dem anvisierten Zielpunkt explodiert und dadurch »einsatzfähiger« wird.

Zur Aufrechterhaltung und Aufrüstung ihres Atomwaffenarsenals planen die USA für den Zeitraum 2017 bis 2026 Ausgaben in Höhe von insgesamt 400 Milliarden US-Dollar ein; über die nächsten 30 Jahre ist sogar eine Billion US-Dollar vorgesehen. Wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau – qualitativ und/oder quantitativ rüsten sämtliche Atomwaffenstaaten sowohl ihre Trägersysteme (je

nach Land Flugzeuge, Trägerraketen und/oder U-Boote) sowie ihre Bombenvorräte auf. Von Rüstungsbegrenzung ist seit langem keine Rede mehr, selbst die vorhandenen Abrüstungsverträge zwischen den USA und Russland sind aktuell in Gefahr.

Angeheizt wird der neue Wettlauf durch den Aufbau immer neuer Raketenabwehrsysteme. Auch auf diesem Feld mischen zahlreiche Länder mit, angeführt wird diese Entwicklung aber eindeutig von den USA. Sie beschränken sich schon lange nicht mehr auf ihr (allerdings nie unter realistischen Bedingungen gestestes) interkontinentales Abwehrprogramm im Land selbst, sondern sie bauen mit Hochdruck ihre see- und landgestützten Systeme in Nordostasien, im Mittelmeer sowie in Rumänien, Polen und der Türkei aus. Durch Raketenabwehr wird der Rüstungswettlauf aber in den Weltraum katapultiert: Sowohl China als auch die USA haben die Tauglichkeit ihrer Raketenabwehrsysteme zum Abschuss von Satelliten in Tests unter Beweis gestellt.

Kernwaffenverbot gefordert

Gegen den oben skizzierten Trend hat sich jüngst eine breite Staatenmehrheit der Vereinten Nationen gestellt. Am 7. Juli dieses Jahres einigten sich 122 Staaten auf einen völkerrechtlichen »Vertrag über das Verbot von Atomwaffen«, der ab 20. September, dem Beginn der neuen UN-Generalversammlung, in New York unterzeichnet werden kann. Alle Atomwaffenstaaten, sämtliche NATO-Mitglieder und die sonstigen unter dem US-Schutzschirm stehenden Staaten lehnen den Vertrag ab. Die Bundesregierung bezeichnet ihn gar als schädlich und setzt weiter auf eine schrittweise Abrüstung, die indes seit vielen Jahren zum Stillstand gekommen ist.

An vorderer Front der Befürworter der Ablehnung steht bisher das SPD-geführte Außenministerium. Es bleibt abzuwarten, ob nach dem kürzlichen Vorstoß von SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, der bei einer Wahlveranstaltung in Trier den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, nicht aber die Unterstützung Deutschlands für den Verbotsvertrag gefordert

ANZEIGE

www.marxistische-blaetter.de

Amerikas Faust

Mit Beiträgen aus den USA von Norman Markowitz, Zoltan Zigedy, Jason Schulman und Joseph Gerson, aus Südamerika von Carolus Wimmer (Venezuela) und Arnold Schözel, Stefan Kühner und Lothar Geisler (BRD) sowie: die Antrittsrede von Donald Trump

Weitere Themen: Togliatti und der Friedenskampf, Mein Großvater Antonio Gramsci, Marx und Engels über Geschlechterverhältnisse, Fake-News oder Fake-Demokratie?, Die Niederlage von Aleppo, Kein NPD-Verbotsurteil, KPÖ-Wahlerfolg in Graz, Tarifkampf um Entlastung im Saarland, Auf zum G20-Gipfel in Hamburg



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

ANZEIGE

Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband

Öffentliche Wissenschaftliche Konferenz:
100 Jahre Oktoberrevolution
100 Jahre Dekret über den Frieden

Lehren aus hundert Jahren geschichtlicher Erfahrung im Ringen für eine dauerhaft freie Gesellschaft und für Frieden statt Konfrontation mit Russland

Die Oktoberrevolution - Aufbruch in gesellschaftliches Neuland

Bruno Mahlow, Berlin

Frauen als Gestalterinnen der Geschichte - Oktoberrevolution und ihre Folgen

Prof. Dr. Helga Hörz, Berlin

Stalin, Repressionen, Sowjetdemokratie: UdSSR - eine Kriminalgeschichte?

Michael Kubi, Wiesbaden

Über Fernwirkungen der Oktoberrevolution.

Andreas Wehr, Berlin

Sowjetunion - konsequente Friedenspolitik seit dem Dekret über den Frieden

Dr. Marianne Linke, Stralsund

Immer wieder ostwärts: Die Konfrontationspolitik der NATO

Rainer Rupp, Saarburg

Alternative Russlands zur Expansion der EU in Osteuropa

Prof. Dr. Anton Latzo, Michendorf

Sonnabend, 30. September 2017, 10.30-17 Uhr
Rathaus Pankow, Ratsaal,
Breite Straße 24 A-26, 13187 Berlin

in Zusammenarbeit mit:
Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden (OKV),
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde,
Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung,
Bündnis für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde,
Arbeiterfotografie - Forum für Engagierte Fotografie,
Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Marx-Engels-Zentrum Berlin

Wenn ein pensionierter General einen Roman schreibt, in den er sein Fachwissen einbringt, dann ist das mehr als die Winterbeschäftigung eines graumelierten Herrn, der im Sommer vor seinem Cottage die Rosen pflegt. Der General a. D. heißt Richard Shirreff, ist Brite und war bis 2014 stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa. Im Winter 2015/2016 hat er einen fiktiven Roman unter dem Titel »2017 – War with Russia« auf den Markt geworfen. Er schildert das Szenario eines von Russland inszenierten »Hybridkrieges« gegen die baltischen Staaten, dem die NATO nichts entgegenzusetzen hat und deshalb mit einem Angriff auf die Region Kaliningrad antworten muss, der sich anschließend zum Atomkrieg »auswächst«. Shirreff bezeichnete den Roman als »Weckruf« an eine – in erster Linie europäische – Öffentlichkeit, der der Ernst der Lage klargemacht und bei der Akzeptanz für höhere Verteidigungsausgaben geschaffen werden müsse.

Schon dass man das Werk bereits kurz nach Erscheinen billig erwerben konnte, deutet darauf hin, dass es gesponsert wurde. Erhärtet wird dieser Verdacht dadurch, dass Shirreff wenige Monate später, im Mai 2016, gemeinsam mit zwei anderen pensionierten NATO-Generälen, Wesley Clark (USA) und Egon Ramms (BRD), sowie dem estnischen Exminister Jüri Luik die Kerngedanken – abzüglich der den Roman garnierenden Lovestory – in einer Denkschrift an den damals bevorstehenden NATO-Gipfel in Warschau wiederholte.

Dieser publizistische Doppelschlag ist natürlich Hardlinerpropaganda. Roman und Memorandum sollen einer als notorisch zögerlich dargestellten Politikerklasse der NATO-Staaten ein entschiedeneres Eingehen auf die Wünsche zumindest einer Fraktion des eigenen Militärs nahelegen. Shirreff, Clark und Ramms fordern nicht nur ein Bataillon pro Baltenstaat, wie inzwischen beschlossen und stationiert, sondern gleich das Vier- bis Fünffache – je eine Brigade. Plus zusätzlich entsprechende »vorwärtsstationierte« US-Spezialeinheiten und zuzüglich der Einlagerung schweren Geräts und einer verstärkten Orientierung der Soldaten darauf, dass der Krieg eine reale Perspektive sei: »Vor allem ist die richtige Einstellung nötig«.

Das mit der Brigade ist nicht nur eine Metapher für »mehr«. Die NATO-Doktrin definiert die Brigade als »kleinste(n) militärische(n) Großverband des Heeres, der aufgrund seiner Organisation, Personalstärke und Ausrüstung in der Lage ist, operative Aufgaben (ohne substantielle Verstärkungen) selbständig zu lösen«. Ohne substantielle Verstärkungen? Ja, denn faktisch hat die NATO seit ihrer Erweiterung um die baltischen Staaten 2004 ein ernsthaftes strategisches Problem: Die Mitglieder, die sie sich angelacht hat, sind im »Ernstfall« nicht zu verteidigen. Sie sind erstens zu klein – jedes hat nur die Fläche eines deutschen Bundeslandes –, und ihnen fehlt die strategische Tiefe: Estland und Lettland messen von Ost nach West nur gut 200 Kilometer, in Litauen sind es 300. Zweitens sind sie zu Lande nicht gut zu erreichen. Es gibt nur eine panzerfeste Straße von Polen nach Litauen und nur eine Eisenbahnlinie mit europäischer Normalspurweite, und die reicht nur bis Kaunas

Abschrecken oder provozieren?

Die NATO bereitet sich auf einen Krieg im Baltikum vor. **Von Reinhard Lauterbach**

Polnischer Soldat während des NATO-Manövers »BALTOPS« in Ustka, Nordpolen (16.6.2016)



Reinhard Lauterbach ist J/W-Osteuropakorrespondent. Er lebt als freier Autor in Nekielka (Polen). Zuletzt erschien von ihm das Buch »Das lange Sterben der Sowjetunion: Schicksalsjahre 1985–1999« (Edition Berolina, Berlin 2016).

ANZEIGEN

Politische Verfolgung: gestern – heute – morgen

Bildungsurlaub/Seminar mit
Exkursionen zu Gedenkstätten in Hamburg
11.–15. September 2017
Kosten für Vollpension und Ausflug: 260 €



www.heideruh.de

Heideruh

Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

Heideruh e.V.
Ahornweg 45
21244 Buchholz
☎ (04181) 87 26
info@heideruh.de



„Haus Kein Moselblick“

Seminar- und Ferienhaus (2 bis 18 Betten)
für Familien und Gruppen
ab 69 €/Übernachtung
für das komplette Haus.

Bei mir habt Ihr Rosa Luxemburg überm Frühstückstisch und das romantische Moseltal vor der Haustüre!

56814 Beilstein an der Mosel
www.haus-kein-moselblick.de • Tel. 01 72/6 66 58 96



MILITÄRMANICHTION/SPECIALIST/TROICLAUS/SPD/WILHELMUS/NWY

Rekrut mit offiziellem Signet des NATO-Manövers »BALTOPS 2017« an der Schulter (8.6.2017)

kurz hinter der Grenze. Beide führen durch die sogenannte Suwalki-Lücke, einen nur 100 Kilometer breiten und daher relativ leicht abzuschneidenden Gebietsstreifen zwischen der Region Kaliningrad und Belarus. US-Militärs haben simuliert, dass im Fall eines russischen Angriffs dessen Streitkräfte nach zwei Tagen in Tallinn und nach dreien in Riga stünden.

Warum Russland ein Interesse haben sollte, das Baltikum zu erobern, wird dabei in den Propagandastudien der NATO nie diskutiert. Dabei würde Moskau dadurch militärisch – bis auf direkten Zugang nach Kaliningrad – nichts Wesentliches gewinnen, hätte aber eine feindselige Bevölkerung zu kontrollieren, was erhebliche Kräfte langfristig binden würde; es hätte eine mit Inseln und Buchten unübersichtliche und Hunderte Kilometer lange Küste zusätzlich zu befestigen und würde mit großer Wahrscheinlichkeit die bisher neutralen Staaten Schweden und Finnland in die NATO treiben. Das wäre nicht einmal militärisch sinnvoll, denn die derzeitige russische Überlegenheit bei den Luft- und Schiffsabwehrmitteln in der östlichen Ostsee (s. u.) würde damit innerhalb von Monaten neutralisiert.

Es bleibt freilich eine Tatsache, dass drei NATO-Bataillone im Baltikum für sich genommen ebenso wenig kriegsentscheidend wären wie drei Brigaden. Sie sollen, heißt es, als »Stolperdrähte« funktionieren und Russland signalisieren, dass es im Kriegsfall nicht auf eine Isolierung der baltischen Kampagne rechnen könne. Hier stellt sich die Frage, warum die USA ihren Teil der »Verstärkung der NATO-Ostflanke« in Polen stationiert haben, das besser zu erreichen und zu versorgen wie natürlich auch einfacher zu räumen ist. Wollen die USA ihren Verbündeten großzügig den Ruhm der heroischen Abwehr eines russischen Angriffs überlassen – oder vielleicht doch die undankbare Rolle, in der ersten Runde künftiger Kämpfe verheizt zu werden?

Westliche Thinktanks wie die von der US-Luftwaffe finanzierte »Rand Corporation« oder die Experten, die für einen im Februar 2016 ausgestrahlten Doku-Fiction-Film der BBC die Entscheidungswege in London simuliert haben, sind einhellig zu der Auffassung gekommen, dass kein US-

Präsident, kein britischer Premier und keine Bundeskanzlerin im Ernstfall bereit wäre, einen Nuklearangriff auf New York, London oder Berlin zu riskieren, um Riga oder Tallinn zu verteidigen. Damit aber steht die NATO vor einer politischen »Glaubwürdigkeitslücke«. Auch wenn es eine ist, die sie sich selbst eingebrockt hat: Wer die Weltherrschaft beansprucht – und das tut die NATO, wenn sie zu Protokoll gibt, dass sie eine Einschränkung ihrer globalen Operationsfähigkeit nicht hinzunehmen bereit ist, der wird generell zum Papiertiger, wenn er sich an einer Stelle als solcher zeigt.

Russland hat diese potentielle Schwäche der global überlegenen NATO recht geschickt ausgenutzt. Das Land, das in der Phase seiner Schwächung nach 1991 die Osterweiterung der NATO notgedrungen hinnehmen musste, hat inzwischen eine asymmetrische Antwort auf die an seine Grenzen herangerückte Bedrohung gefunden. Sie lautet: Zutrittsverweigerung und Gebietssperrung (im NATO-Jargon: Anti-Access and Area Denial, abgekürzt: A2/AD). Der in Brüssel lehrende »Strategieforscher« Luis Simón nennt dies eine »Bedrohung der liberalen Weltordnung«. Das Ziel Moskaus ist, den potentiellen Gegner auf sicherer Distanz zu halten. Die Region Kaliningrad und die grenznahen Verwaltungsbezirke Leningrad, Pskow und Nowgorod sind gespickt mit Frühwarnanlagen und Stellungen für Abwehrraketen gegen Flugzeuge, Marschflugkörper und Schiffe. Die Antischiffsraketen der Typen »Onyx« und »Bastion« decken nach westlichen Angaben die ganze Ostsee ab. Die Flugabwehrraketen der Typen »S-300« und »S-400« machen, wie ein US-Geopolitiker kürzlich schrieb, »den litauischen und große Teile des polnischen Luftraums de facto zu Flugverbotszonen für die NATO«. Die Macht der NATO in der Ostsee hat daher gegenwärtig ihre Grenzen. Sie beherrscht zwar mit den dänischen Meerengen die Ausgänge und kann damit Russland den Durchbruch in die Weltmeere an dieser Stelle verweigern; aber ungefähr auf der Höhe von Bornholm hört ihre Seeherrschaft angesichts der russischen Fähigkeiten zur »Zutrittsverweigerung« auf.

Die Antwort der NATO-Strategen hat Shirreff in seinem Roman in den Raum

gestellt: Ohne Eroberung der Region Kaliningrad lasse sich die Herrschaft der NATO über den Ostseeraum nicht bewerkstelligen. Offiziell wird das nach außen noch nicht wiederholt, auch wenn im Frühjahr dieses Jahres ein Fregattenkapitän der Bundesmarine sich auf den »avisierten Zulauf kleiner, anlandungsfähiger Kampfboote bzw. Einsatzboote« freute – der Natur der Sache nach für Einsätze gegen die ehemals ostpreußische Küste. Doch explizit gefordert werden Eskalation auf einer nach oben offenen Skala und, noch gefährlicher: Infragestellung des Primats der – als lasch und bedenkenträgerisch diffamierten – Politik. Die ganze Lüge der dem Roman zugrunde liegenden Logik, mehr Abschreckung verhindernde reale Kriege, ergibt sich aus der Denkschrift der drei Generäle Clark, Rams und Shirreff selbst. Sie verlangt nicht allein, Truppen und Material der NATO im Baltikum erheblich zu vermehren. Die Autoren fordern auch, dass im Krisenfall der NATO-Befehlshaber Europa (Saceur), im Regelfall ein US-Militär, selbstständig und ohne Rücksprache mit dem politisch bestückten NATO-Rat plötzliche Manöver auslösen und den Einsatzbefehl für die »Schnellen Reaktionskräfte« der NATO geben können soll. Die Eskalationsdynamik soll allein in die Hände des Militärs und darin der US-Komponente gelegt werden. Die NATO wird dadurch auch organisatorisch zum Akklamationsorgan für US-Entscheidungen erklärt, das Einstimmigkeitserfordernis in der Beschlussfassung übergangen. Überdies sollen zur Ausstattung der NATO in den baltischen Staaten nach dem Wunsch der Militärs auch US-Spezialkräfte gehören, die – nach der Logik der Darstellung noch vor Beginn der Kampfhandlungen – hinter den russischen Linien operieren könnten und so »die Führung und die breitere Öffentlichkeit mit adäquaten Informationen versorgen« sollen. Wird das das Werkzeug für den nächsten »Sender Gleiwitz« vorbereitet, nach dem »ab 5.45 Uhr zurückgeschossen« werden soll? Von der Hand zu weisen ist das nicht. Mindestens einen erfundenen Angriff haben die USA mit dem »Tonkin-Zwischenfall« von 1964, der den Vorwand zur Eskalation des Vietnamkriegs lieferte, schon auf dem Konto.

ANZEIGEN



Beilage zum RF Nr. 231 (April 2017) – nur noch wenige Exemplare lieferbar
Weitere Beiträge zur Friedensfrage in jeder Ausgabe des

RotFUCHS
TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN

Bestellungen an K. Brandt, Glanzstr. 6, 12437 Berlin,
oder per Email an vertrieb@rotfuchs.net
Kostenlos, aber nicht umsonst ...

**"Ernst Thälmann - Kommunist,
Kämpfer für den Frieden!
Wir ehren ihn durch unsere Tat!"**



Revolutionärer
Freundschaftsbund (RFB)

Freundeskreis
„Ernst-Thälmann-
Gedenkstätte“ e.V.
Ziegenhals &
Aktionsbündnis
Thälmann-Denkmal Berlin



Crewmitglied der Russischen Korvette »Bolkly« während eines russisch-chinesischen Manövers in der Ostsee (27.7.2017)

Mit Augenmaß und Konsequenz

Gegen den Übermut des Westens: Russlands Militärdoktrin. Von Ralf Rudolph und Uwe Markus

Militärpolitische Leitlinien, Militärstrategien und die für ihre Umsetzung entwickelten operativ-taktischen Konzepte sind immer Ausdruck politischer und wirtschaftlicher Interessen von Staaten, der geopolitischen Lage sowie der von den Militärs für wahrscheinlich gehaltenen Kriegsszenarien. Sie sind also nur in diesem Kontext analysierbar. Das gilt auch für Russlands aktuell gültige Militärdoktrin vom 25. Dezember 2014. Moskau reagierte damit auf veränderte geopolitische Rahmenbedingungen und Bedrohungslagen.

Die Osterweiterung der NATO nach dem Exitus der UdSSR, die politische

und militärische Unterstützung Georgiens durch die Vereinigten Staaten im Vorfeld des Fünf-Tage-Krieges im Jahr 2008 und der vom Westen nach Kräften geförderte Staatsstreich in der Ukraine erzwangen eine schrittweise Neuorientierung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. Nun stand nicht mehr das Bemühen um einen mitunter für das eigene Land nachteiligen strategischen Ausgleich mit dem Westen im Vordergrund, sondern es ging Moskau um die selbstbewusste Artikulation und Durchsetzung nationaler russischer Interessen:

- Wirtschafts- und sicherheitspolitische Konsolidierung des postsowjetischen Raumes und schrittweise Reintegration der ehemaligen Sowjetrepubliken auf neuer vertragsrechtlicher Grundlage;
- Machtpolitische Stabilisierung der Peripherie des russischen Staates und Verringerung der Gefahr regionaler Konflikte aus ethnischen und religiösen Gründen, was den Schutz russischer Minderheiten in ehemaligen Sowjetrepubliken einschließt;
- Schaffung eines Gegengewichts zur geopolitischen Dominanz der USA und ihrer Verbündeten. Schrittweise Revitalisierung globaler politischer und militärischer Handlungsfähigkeit Russlands;
- Einschränkung der Möglichkeiten des Westens zur Forcierung von Regimewechseln durch Präventiv- und Präemptivkriege sowie durch verdeckte Operationen;
- Stärkung internationaler Organisationen als Korrektiv für globale US-amerikanische Machtambitionen;
- Sicherung der Fremdwahrnehmung Russlands als Machtfaktor, der eine selbstbewusste, berechenbare Politik

betreibt und dadurch als Bündnispartner attraktiv ist;

- Vorbereitung des Landes auf die angesichts zukünftiger globaler Verteilungskonflikte zu erwartenden wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Größte Bedrohung

In der am 25. Dezember 2014 vom russischen Präsidenten Putin unterzeichneten und bereits vor Ausbruch des Ukraine-Konflikts erarbeiteten Militärdoktrin wird der Ausbau der NATO-Präsenz an den russischen Grenzen als eine der größten Gefahren für Russland eingestuft. Russische Strategen rechnen wieder mit der Möglichkeit gegnerischer Militärschläge einschließlich des Einsatzes von Nuklearwaffen und mit konventionellen Angriffen an den Landesgrenzen – unter Umständen aus Manöverlagen heraus. Deshalb ist die Option eines nuklearen Schlags bei einer Aggression Bestandteil der Doktrin – als Reaktion auf einen Nukleareinsatz oder auch bei einem existenzgefährdenden konventionellen Angriff fremder Mächte. Insbesondere der Aufbau des Raketenabwehrschildes der NATO in Europa bereitet russischen Militärs Sorge. Denn dieses Programm richtet sich – entgegen allen Beteuerungen des westlichen Bündnisses – nicht gegen eine Gefährdung des Westens durch Staaten wie den Iran, sondern es soll offenkundig die nukleare Erst- und Zweitschlagfähigkeit Russlands beeinträchtigen und damit dessen Abschreckungspotential entwerfen. Auch das US-Konzept »Prompt Global Strike«, das kurzfristige massive Militärschläge an jedem Ort der Welt vorsieht, beunruhigt Moskau, denn die vielen nach

dem Zusammenbruch der Sowjetunion vom Westen geführten regionalen Kriege haben deutlich gemacht, dass solche strategischen Konzepte ohne Skrupel umgesetzt werden, wenn die Bedingungen dafür günstig sind.

Regimewechsel

Erstmals werden in der Militärdoktrin auch die in einigen Nachbarländern Russlands durch den Sturz legitimer Regierungen an die Macht gekommenen Regimes als latente Bedrohungen bezeichnet. Regimewechsel destabilisieren nicht nur die politische Lage in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen, sondern bergen die Gefahr bewaffneter Konflikte in sich, die schnell auf Grenzregionen Russlands übergreifen können. In dem Papier ist daher die Rede davon, dass nicht nur die nukleare Abschreckung, sondern auch die Schaffung eines schlagkräftigen konventionellen Militärpotentials zu den wichtigsten Aufgaben der russischen Streitkräfte gehört. So soll die russische Armee bis zum Jahr 2020 mit modernster Technik ausgerüstet werden. Doch nicht nur die technische Modernisierung ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Vielmehr vollzieht sich in Umsetzung der neuen Militärdoktrin eine strukturelle Erneuerung der Streitkräfte. So wurden etwa die fünf Militärbezirke (Strategischen Kommandos) neu geordnet und mit umfangreicheren operativen Befugnissen ausgestattet. Die Streitkräfte wurden quantitativ reduziert und zugleich der Anteil der freiwillig dienenden Zeitsoldaten (Vertrags-soldaten) erhöht. Diese Rekruten werden gründlich ausgebildet, besser besoldet, versorgt und untergebracht. Nur sol-

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit
inge-hoeger.de



DIE LINKE.

Milliarden in die soziale Infrastruktur
statt in die Rüstung!



VITALY NEVAR/TASS/OPA

che Soldaten können die hochmoderne Kampftechnik effektiv einsetzen. Damit verändert sich die soziale Struktur der russischen Armee. Berufs- und Zeitsoldaten werden zum Rückgrat der Truppe, was der Professionalisierung dient.

Diese Professionalisierung ist auch eine entscheidende Voraussetzung für die Vorbereitung der Armee auf asymmetrische Konflikte sowie auf die in diesem Zusammenhang unter Umständen notwendig werdende Verknüpfung von militärischer Gewaltanwendung mit politischen, ökonomischen und informationstechnologischen Verteidigungsmaßnahmen. Zudem soll die Mobilisierungsbereitschaft der Gesellschaft angesichts zunehmender konkreter Be-

drohungslagen erhöht werden, was bis zu wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsoptionen des Staates reicht.

In der neuen Militärdoktrin wird zudem erstmals auf die Sicherung der nationalen Interessen Russlands in der Arktis hingewiesen. Angesichts der deutlich wachsenden Aufmerksamkeit der NATO-Staaten für diese Region wird die ehemals vorhandene militärische Infrastruktur in der Arktis wiederaufgebaut, neue Truppenverbände werden aufgestellt und die Militärpräsenz in der Region wird erhöht. Im Falle eines militärischen Konflikts rechnen Russlands Strategen mit einem Luftschlag oder Raketenangriff der US-Streitkräfte aus kürzester Distanz, also über den Nordpol.

Auch könnten etwa von US-U-Booten in der Barentssee gestartete Nuklearraketen nach nur 15 Minuten Moskau erreichen.

Ein solcher Angriff hätte aus US-Sicht den Vorteil kurzer Vorwarzeiten und könnte damit die Zweitschlagfähigkeit des Gegners beeinträchtigen. Daher kommt zukünftig der russischen Seekriegsflotte eine besondere Bedeutung zu. In Präzisierung der Militärdoktrin unterschrieb Ende Juli 2017 Russlands Präsident Putin einen Erlass, in dem die massive Stärkung der Flotte und der Bau neuer Werften für den Marineschiffbau gefordert werden. Russlands Kriegsflotte soll den Zugang zu den Weltmeeren sichern und strategisch wichtige Seeverkehrswege – etwa die Nordostpassage – schützen. Auch Russlands Interessen in anderen Regionen wie z. B. im Nahen Osten sollen durch eine starke Flotte durchgesetzt werden.

waren in der Lage, in sehr kurzer Zeit in Syrien ein zahlenmäßig kleines, dennoch sehr wirksames militärisches Kontingent zu schaffen und einzusetzen. Das ist eine Leistung, die etliche westliche Experten der russischen Armee nicht zugetraut hätten. Die logistische Vorbereitung und Absicherung des Kampfeinsatzes war ein Härte-test für die beteiligten Einheiten und zugleich eine Demonstration militärischer Leistungsfähigkeit. Doch ungeachtet der aktuellen politischen Konfrontation mit dem Westen ist nach jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten für den Staatshaushalt des nächsten Jahres eine Kürzung der Verteidigungsausgaben vorgesehen, wovon allerdings die Pläne für die Neuausrüstung der Streitkräfte nicht berührt werden sollen. Das bisherige Rüstungsprogramm werde fortgesetzt und man sei dabei, ein neues Programm zu konzipieren. Russland reagiert auf die westliche Aufrüstungshysterie mit Augenmaß und Konsequenz. Die Modernisierung der Streitkräfte wird vorangetrieben und das Rüstungsprogramm wird an veränderte Bedrohungslagen angepasst. Erkennbar ist die Entschlossenheit der russischen Führung, sich weder durch Sanktionen noch durch militärische Provokationen erpressen zu lassen.

Helikopter vom Typ »Kamov Ka-27PS« auf der russischen Korvette »Boikiy« während eines russisch-chinesischen Manövers in der Ostsee (27.7.2017)

Ralf Rudolph, Oberst a. D. und Diplom-Ingenieur, studierte am Institut für Luft- und Raumfahrt in Moskau. Er lebt in Berlin.

Uwe Markus, Soziologe, war bis 1990 am Institut für Sozialwissenschaftliche Studien in Berlin tätig. Seither arbeitet er als Marketingberater und Dozent.

Soeben erschienen: Ralf Rudolph und Uwe Markus: Die Rettung der Krim. Phalanx-Verlag, Berlin 2017, 237 Seiten, 16,95 Euro. Buchpremiere mit den Autoren am 12. September in der JW-Ladengalerie

ANZEIGEN

Konstantin Wecker
Albrecht Müller
Diether Dehm
Wolfgang Gehrcke
Rainer Butenschön
Shekib Mosadeq

Schickt die **NATO** Gelder in **Rente!**

Freitag **1.9.** ab **17 Uhr** Kröpcke (Hannover)

DIE LINKE. REGION HANNOVER

Zum Beispiel Syrien

Das Land ist mit der Militärreform zur Unterstützung der vor knapp drei Jahren verabschiedeten Militärdoktrin gut vorangekommen, was sich unter anderem während des russischen Militäreinsatzes in Syrien zeigte. Die russischen Streitkräfte

DIE MACHT UM ACHT
DER FAKTOR TAGESSCHAU
Uli Gellermann
weltnetz.tv

Kolonialmacht Kerneuropa

Mali und mehr: Wie Berlin und Paris sich militärisch in der Sahelzone festsetzen – und dabei arbeitsteilig vorgehen. **Von Christoph Marischka**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wird in Gao (Mali) zusammen mit dem malischen Präsidenten Ibrahim Bou-bacar Keita von französischen Soldaten begrüßt (19.5.2017)

Christoph Marischka ist Politikwissenschaftler und Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung IMI e. V. in Tübingen (www.imi-online.de).

Zumindest in der Außendarstellung war der Krieg gegen Libyen 2011 die erste NATO-Intervention mit europäischen Staaten in führender Rolle. Nachdem Frankreich und Großbritannien im November 2010 ein weitreichendes Abkommen zur Verteidigungskooperation beschlossen hatten, das Deutschland außen vor ließ, begannen sie, unterstützt von den USA, am 19. März 2011 mit Luftschlägen gegen die libyschen Truppen. Die NATO stieg erst drei Tage später ein und übernahm das Kommando. Bereits nach weniger als einem Monat wiesen die USA subtil auf ihre zentrale Rolle im Bündnis hin. Was unter dem Vorwand des Schutzes der Zivilbevölkerung begonnen worden war, entlarvte sich als gnadenloser Luftkampf gegen die regimetreuen Truppen und ihre Verbündeten. Für die damalige Zeit ungewöhnlich offen berichtete u. a. die »Tageschau« darüber hinaus über französische und britische Spezialkräfte, die nach Libyen gebracht wurden, um die Aufständischen auch am Boden zu unterstützen. Die USA organisierten umfangreiche Waffenlieferungen über den Balkan und die Arabische Halbinsel, Frankreich warf Kisten mit Munition »zum Schutz der Zivilbevölkerung« ab. Nicht zuletzt wurden die umfangreichen Waffenlager des Regimes geplündert.

Souveränität angegriffen

Noch bevor Muammar Al-Ghaddafi am 20. Oktober 2011 zu Tode gefoltert wurde, war jegliche staatliche Ordnung in Libyen zerstört, und die angeblichen »Aufständischen« waren in eine Vielzahl konkurrierender Milizen zerfallen. In der Folge geschah das, was allen Beobachtern eigentlich von vornherein klar sein musste. Thinktanks und Strategieabteilungen dies- und jenseits des Atlantiks hatten bereits seit Jahren auf Bevölkerungswachstum, Armut und unkontrollierbare Grenzen zwischen Nord-, West- und Zentralafrika hingewiesen, von einem Pulverfass geredet – und die Region auferüstet. Bei der EU liefen diese Programme unter der Maßgabe der Migrationsbekämpfung, bei den USA im Kontext des Krieg gegen den Terror.

Insofern war absehbar, dass mit der Zerschlagung des Gaddafi-Regimes, welches ein umfangreiches Patronagesystem auch in den benachbarten Ländern unterhalten und Konflikte zwischen bewaffneten Gruppen moderiert hatte, die gesamte Großregion destabilisiert würde. Im Falle der Zentralafrikanischen Republik kann dabei sogar noch von einer



aktiven Rolle Frankreichs ausgegangen werden. Dass sich schwerbewaffnete Tuareg aus Libyen quer durch den nördlichen Niger nach Mali aufmachten würden, war schlicht nicht zu verhindern. Sie griffen jene neuen Stützpunkte der malischen Armee und Polizei an, die zuvor mit EU-Unterstützung aufgebaut worden waren, um »die Präsenz des malischen Staates in der Fläche« – konkret im traditionell nach Autonomie strebenden Norden des Landes – zu verstärken. Junge Offiziere im Süden putschten daraufhin in der Erwartung noch weit umfangreichere Ausbildungs- und Ausstattungshilfe vor allem aus Europa, stürzten das Land damit aber letztlich vollends ins Chaos. Das nutzten islamistische Kräfte, die die Kontrolle in den Städten des Nordens übernahmen, was Frankreich als Vorwand nutzte, um im Januar 2013 mit Luftschlägen und Spezialkräften zu intervenieren.

Diese Intervention, die viel zu gut vorbereitet war, um tatsächlich – wie gemeinhin dargestellt – in letzter Sekunde erfolgt zu sein, mit dem Ziel, einen Vormarsch der Islamisten aufzuhalten, war von Anfang an nicht auf Mali beschränkt. Beteiligt waren unter französischer Führung Truppenteile aus den Nachbarstaaten (bzw. dem Tschad), die zu Hause wiederum durch französische Spezialkräfte

ersetzt wurden. Im August 2014 wurde der Einsatz unter dem Namen »Operation Berkhan« auch offiziell auf die Nachbarstaaten Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad ausgedehnt, wo seitdem dauerhaft französische Soldaten präsent sind, um »den Terrorismus« zu bekämpfen. De facto haben die betreffenden Staaten ihre Souveränität damit weitgehend abgegeben bzw. eingebüßt. Von seiten der EU und NATO werden sie mittlerweile unter der Bezeichnung »G 5 Sahel« zusammengefasst. Als solche sollen sie nun eine gemeinsame Interventionstruppe aufstellen, die von der EU finanziert und in der Praxis natürlich von Frankreich gesteuert wird.

US-Einfluss zurückgedrängt

Obwohl das Auswärtige Amt unter Guido Westerwelle (FDP) gelegentlich noch Zweifel an der völkerrechtlichen Grundlage der französischen Intervention durchscheinen ließ, unterstützte das Verteidigungsministerium diese von Anfang an. Zunächst stellte es von Dakar (Senegal) aus Lufttransportmöglichkeiten für die afrikanischen Truppen und Luftbetankung für die französischen Kampfflotten bereit, dann übernahm die Bundeswehr wesentliche Anteile einer EU-Mission im Süden Malis, bei der jene Truppen ausgebildet werden, die anschließend den Norden kontrollieren sollen. Seit die in Mali eingesetzten afrikanischen Truppen in den UN-Einsatz Minusma überführt wurden, beteiligt sich die Bundeswehr hieran mit einem mittlerweile auf 1.000 Soldaten angewachsenen Kontingent und ist für Aufklärung, Führung, Lufttransport und Evakuierung zuständig. Die meisten dieser Soldaten sind im Camp Castor bei Gao im Nordosten Malis stationiert, das quasi den letzten gut gesicherten und erreichbaren Außenposten der internationalen Truppen darstellt. Zentrale Aufgaben versehen neben den Objektschutzkräften der Luftwaffe die Heeresaufklärer und die Hubschrauberstaffeln der Division Schnelle Kräfte. Auch die beiden im Juli 2017 in Mali getöteten Piloten eines Kampfflubschraubers gehörten zu dieser Einheit. Erstmals seit Afghanistan werden hier die

von Israel geleasteten großen Aufklärungsdrohnen vom Typ »Heron 1« eingesetzt.

Ursula von der Leyen hatte kurz nach ihrem Amtsantritt auf der Münchner »Sicherheitskonferenz« angekündigt, dass sich das neue deutsche Selbstbewusstsein in mehr militärischen Einsätzen in Afrika niederschlagen werde. Seitdem wurden in und bei den Hauptstädten Malis und des Nigers mehrere zivilmilitärische EU-Stützpunkte aufgebaut, die sichtbar auf Dauer angelegt sind. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Spezialkräfte bleiben auch nach Afghanistan in Übung. Wer sich trotzdem noch fragt, warum Deutschland bereit ist, Frankreichs Bemühungen um die Restaurierung eines französischen Kolonialreichs und die Zurückdrängung des US-amerikanischen Einflusses in Westafrika zu unterstützen, der sei auf die Ergebnisse des deutsch-französischen Ministerrates vom 13. Juli 2017 verwiesen, in dem beide Länder – nach der Wahl Trumps und der »Brexit«-Entscheidung – unverhohlen ihren Führungsanspruch in der EU reklamierten. »Um die Debatte zu beleben (...), haben sich Frankreich und Deutschland auf eine Reihe von bindenden Verpflichtungen und Elementen für eine inklusive und ambitionierte »Pesco« geeinigt.« »Pesco« bedeutet dabei »ständige strukturierte Zusammenarbeit« (Permanent structured cooperation), wovon sich das Konzept eines militärischen Kerneuropas verbirgt, in dem Deutschland und Frankreich nun vorangehen wollen, ohne auf lästige Mehrheitsentscheidungen Rücksicht nehmen zu müssen. »Eine langfristige Vision«, so heißt es weiter, »könnte darin bestehen, ein Streitkräftedispositiv in der gesamten Bandbreite zu entwickeln – ergänzend zur NATO«. Das Ziel ist also gewissermaßen, sich als deutsch-französisches EU-Europa auch gegenüber der NATO zu positionieren, und die Region, in der das verwirklicht werden soll, ist der »Sahel«. In einer Epoche, in der die US-amerikanische Führungsmacht an Bedeutung verliert, wie allgemein konstatiert wird, realisiert sich das deutsch-französische Kerneuropa somit als Projekt zur Rekolonialisierung Westafrikas.

Frieden statt NATO erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Nikolas Sisis, Gestaltung: Dirk Braunheim, Michael Sommer.

Drei Wochen lang:
Gratis lesen*

* Und hier das Kleingedruckte:
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum JW-Kennenlernen!

Probeabo jetzt bestellen unter
www.jungewelt.de/probeabo
Abtelefon: 00 49 30/53 63 55-50

